

Schwarzwälder Plus den Tannen Tageszeitung

1. Nummer 164 | Altensteig, Donnerstag den 17. Juli 1930 | 3. Jahrgang

Zwischenbilanz der Deckungsvorlage

I.
E. M. Die Ablehnung der Steuervorlagen der Reichsregierung im Steuerauschuß des Reichstages lenkt noch einmal mit aller Dringlichkeit die Öffentlichkeit auf die Grundfrage: Ist der von der Reichsregierung beschrittene Weg weiterer neuer Steuererhöhungen wirtschaftlich tragbar und fiskalisch notwendig?

Wenn wir uns mit so großer Schärfe gegen jegliche neue Steuererhöhung und für die Aufschichtung eines Weges zu baldigsten Steuererleichterungen aussprechen, so verfahren wir dabei keineswegs, daß in einem gewissen, wenn auch allzu bescheidenen Rahmen bereits in den gegenwärtigen finanzpolitischen Auseinandersetzungen unsere (später) schon vorgeschlagenen Forderungen zu gewinnen beginnen. Auch begrüßen wir es, daß in der Richtung der von uns schon im Jahre 1928 und im Jahre 1929 gemachten Vorschläge neben die Reform zur Arbeitslosenversicherung jetzt eine Reform zur Krankenversicherung geschaltet worden ist, die eine dauernde Entlastung des Sozialstaats durch Senkung der Beiträge zur Krankenversicherung sicherstellt.

Aber entscheidend, wie gesagt, ist leider doch festzustellen, daß man sowohl seitens der Regierung als auch seitens des Parlaments an den Fehlwegen der letzten Jahre schließt. Denn wenn auch die einzelnen Steuervorlagen der Reichsregierung im Steuerauschuß keine Mehrheit fanden; es steht leider ohne Zweifel fest, daß zur Stunde noch immer die große Mehrheit des Parlaments die Möglichkeit und Notwendigkeit der Erhöhung der Gesamtsteuerlast bejaht, die Möglichkeit und Notwendigkeit der Ausgleichung der öffentlichen Haushalte durch sofort wirksame umfassende Ausgabenentzünge verneint. Es ist kein Streit um das Grundprinzip „Steuererhöhung oder Ausgabenentzünge“, der der Regierung im Steuerauschuß eine Niederlage bereitet hat. Es ist der gegenüber der sozialen Notlage und der übergroßen finanzpolitischen Schwierigkeiten fast heimlich anmutende Streit über das Wie der Steuererhöhungen, es ist der Kampf um die unsagbar überschätzten parteitaktischen Zielsetzungen einer möglichst „gerechten“, möglichst „sozialen“ Phrasierung der Aufkrümungssteuern (?), der im Steuerauschuß zur Ablehnung der Einzelheiten — wie gesagt nicht der Grundtendenz — der Regierungsvorlage führte. Als wenn man überhaupt die sozialen Gefahren weiterer Gesamtsteuererhöhungen — Steigerung der Wirtschaftsdepression, Steigerung der Arbeitslosigkeit, Steigerung der öffentlichen Ausgaben, neue Defizite der öffentlichen Haushalte — noch durch die Art der Steuererhöhung ausschalten könnte!

II.
Ferrum et ignis! Eisen und Feuer wird nach dem alten medizinischen Spruch notwendig sein, um das Uebel, an dem Staat und Wirtschaft krankt, zu heilen. Unser Volk befindet sich gegenwärtig wieder in einem Zustand heftiger Erschöpfung, der dem des Jahres 1923 durchaus vergleichbar ist. So, wie damals, sehen wir auf der einen Seite Fatalismus, Apathie, fast Agonie, auf der anderen Seite Leidenschaft, Erregung, Zerstörungswut. Es besteht ein gefährlicher Riß zwischen dem politischen Instinkt der großen Volksmasse — nicht etwa nur der Wirtschaft oder gar des Unternehmertums im engeren Sinne — und dem parteipolitischen Wollen und Handeln der gesetzgebenden Körperschaften. Immer erneut empfehlen wir, Entlastungen der Ausgabenseite des Haushalts vorzunehmen, um den Zuschußbedarf für 1930 zu verringern, um Steuererhöhungen zu vermeiden, baldigste Steuererleichterungen zu ermöglichen. Alle Einwände, die uns von der Reichsregierung und ihren Helfern entgegengehalten werden, sind dem Arsenal einer einigermaßen normalen Staats-, Finanz- und Wirtschaftslage entnommen. Da spricht man von „unechten“ Einsparungen, von „Ausgabeverzögerungen“, von „ausschließlich finanztechnischen Behelfsmitteln“. Als wenn es im Augenblick, d. h. für die Etatsjahre 1930 bis etwa 1933, auf etwas anderes ankäme, als die den steuerlichen Zuschußbedarf übersteigenden überhöhen Ausgabenanforderungen allerhöchstens durch Jahre hindurch so zu senken, daß Steuern gesenkt werden können. Das ganze Problem unserer Finanznot beruht doch darauf, daß die Übersteigerung der öffentlichen Lasten den wirtschaftlichen Schrumpfungsvorgang verursacht hat, der mindestens für 60 v. H. unserer Arbeitslosigkeit, also auch für 60 v. H. der daraus sich ergebenden öffentlichen Fürsorgeaufwendungen, die unmittelbare Ursache ist. Jede weitere Steigerung der öffentlichen Lasten führt „zwangsläufig“ zur Erhöhung der Arbeitslosigkeit, führt in die Folgereihe: Steigerung der Ausgaben, Steigerung der Einnahmen, Steigerung der Ausgaben usw. Jede Senkung der öffentlichen Lasten wird aber in die Folgereihe: Senkung der Steuern, Senkung der Ausgaben (durch Minderung der Arbeitslosigkeit), Senkung der Steuern usw. hineinziehen und uns damit überhaupt erst wieder den Boden für gesunde staatliche und wirtschaftliche Verhältnisse zurückgewinnen lassen. Auf dem Weg solcher Maßnahmen darf man sich allerdings vor energischen Eingriffen in die Ausgabenseite des Reichshaushalts nicht scheuen. Indem die Reichsregierung dies ablehnt, verhindert sie das Durchdringen des Volksbewußtseins mit der Erkenntnis, daß angesichts der sozialen und wirtschaftlichen Notstände jetzt die Stunde wirklich durchgreifender Handlungen gekommen ist. Sie nimmt sich damit aber auch das moralische Recht — das materielle Recht steht ihr sowieso keinesfalls zu —, den Artikel 48 der Reichsverfassung als letztes Hilfsmittel zur Durchsetzung ihrer gegenwärtigen gesetzgeberischen Pläne in Anspruch zu nehmen.

III.
Schnelle Entschlüsse sind jetzt erforderlich. Noch rechnet die Reichsregierung damit, im Plenum des Reichstages eine Mehrheit für ihre Vorlagen zu finden, aber wir fragen: warum bekennst du nicht die Mehrheit des Parlaments in letzter Stunde zu einer Entlastungsaktion, die die Steuererhöhungen unnötig macht, der Wirtschaft, dem Volke das Vertrauen zum Willen des Gesetzgebers zurückgibt und den Weg zu Steuererleichterungen frei gibt? Warum führt sie sich nicht selbst und die Reichsregierung heraus aus dem unfruchtbaren, ruhlosen Spiel der Parteitaktik und dem aussichtslosen Bemühen, durch neue Einnahmesteigerungen irgendwo einen fiskalischen oder sozialpolitischen Gewinn unmittelbar oder mittelbar herbeizuführen?

Schon allein eine Aktion könnte jetzt erstmals zur Ausgleichung des Reichshaushalts ohne Steuererhöhungen führen: die Neuorganisation der Anleiheablösungsgesetzgebung. Wir können uns der Auffassung nicht anschließen, daß eine solche Maßnahme „große Beunruhigung hervorrufen und die ganze Frage der Aufwertungsgesetzgebung neu aufrollen würde“. Niemand kann bestritten, daß nirgendwo die Gesetzgebung so unzulänglich gearbeitet hat wie bei der Regelung der öffentlichen Vorkriegs- und Kriegsschulden. Wir unterstreichen alles, was im vorigen Herbst Reichsminister a. D. Dr. Reinhold im Rahmen seines Finanzreformprogramms zur Umgestaltung der Anleiheablösung in Anregung gebracht hat. Hier liegen einmal die Dinge so, daß sich die fiskalischen Interessen mit den Interessen der betroffenen Kreise verflochten haben. Würde man den Altbesitz in eine festverzinsliche Anleihe umwandeln, so ergäbe sich für die Anleihebesitzer eine feste Rente statt der jetzigen unsicheren Chance, in den nächsten 25 Jahren einen Vorterriergeinn zu erhalten. Daneben steht für den Fiskus der Vorteil, statt jetzt 240 Millionen Reichsmark für Ausschüttungen und Tilgungsfonds nur 175 Millionen R.M. als Zinsdienst ausbringen zu müssen und den bisher angeammelten Tilgungsfonds von etwa 280 bis 300 Millionen R.M. für die gegenwärtigen sozialen Notausgaben vorübergehender Art frei zu bekommen (Einsparung hier auch eine Umwandlung des sogenannten Neubestandes in eine festverzinsliche Anleihe, wobei der Neubestand in angemessener Höhe und unter erträglichen Bedingungen zu leisten hätte, mit denen innerhalb der Reichsfinanzen eine weitere Aufkrümung der schwebenden Schulden ermöglicht wäre).

Sinn hätte allerdings eine solche Aktion nur dann, wenn sie den Wendepunkt zu einer systematischen, umfassenden weiteren Ausgabeentzünge darstellt. Es könnte noch immer für die Gesundung der öffentlichen Finanzen und für die Minderung der steuerlichen Ansprüche viel gewonnen werden, wenn man Hand in Hand mit der jetzt sofort erfolgenden Umformung der Anleiheablösungsgesetzgebung der Reichsregierung die Verpflichtung auferlegen würde, im September d. J. mit dem Ziel der Inkraftsetzung zum 1. Oktober 1930 einen Nachtragsetat vorzulegen, der neben wirklichen Sparmassnahmen auch die finanztechnischen Aktionen tätigt, die alles in allem eine Minderung des Zuschußbedarfs des Reichshaushalts, auf ein ganzes Jahr bezogen, im Ausmaß von rund 800 Millionen R.M. erwirken. Denn die Umgestaltung der Anleiheablösung soll nicht in Richtung auf eine Erleichterung der parteitaktischen Situation nochmals in letzter Stunde empfohlen werden, sondern nur empfohlen werden im Rahmen einer umfassenden großen Aktion, die die eingangs angedeutete Folgereihe: Ausgabenentzünge, Steuerentzünge, Minderung der Arbeitslosigkeit usw. in Bewegung setzt.

Gewisse Voraussetzungen für eine parlamentarisch aussichtsreiche Verfolgung der Umgestaltung der Anleiheablösungsgesetzgebung scheinen uns durchaus gegeben. Schon 1927 hat sich der Reichstag mit einem Antrag ähnlicher Tendenz befaßt (Reichstagsdruck Nr. 2985), wobei daran erinnert werden kann, daß der damalige Antrag auch die Unterschrift des jetzigen Reichsfinanzministers Dr. Dietrich trug. Als im Herbst v. J. Dr. Reinhold das Problem wieder zur öffentlichen Erörterung stellte, fanden seine Ausführungen weitestgehende Zustimmung, und zwar gerade auch in den Kreisen der Besitzer der hier in Betracht kommenden öffentlichen Schuldtitel.

Wird sich wirklich der Gesetzgeber immer wieder vor solchen Gesetzgebungsaktionen scheuen? Ist es wirklich auch in der gegenwärtigen Lage leichter, Gesetze zu machen, die neue Steuern festlegen, selbst wenn man weiß, daß die wirtschaftliche Folge (weitere Zermürdung der Wirtschaftskraft und Steigen der Arbeitslosigkeit) nur neue öffentliche Ausgaben nach sich zieht, statt endlich einmal die Gesetze zu machen, die den öffentlichen Zuschußbedarf mindern und den Weg zur Gesundung von Staat und Wirtschaft, den Weg zur Überwindung der staatspolitisch und wirtschaftlich so bedrohlichen Senkung der Arbeitslosigkeit freilegen?

Die Zuspikung der Krise

Entscheidung über die Deckungsvorlagen im Reichstag Woher die Mehrheit?

Die Erklärung des Reichsfinanzministers Dr. Dietrich im Steuerauschuß des Reichstages, daß die Regierung kein Interesse mehr an einer zweiten Lesung der Deckungsvorlage in diesem Ausschuß habe, hat den Weg gezeigt, den die Regierung gehen will, nachdem der Steuerauschuß nur das Prinzip von der Notwendigkeit der Deckung und des Grundgesetzes einer Reichshilfe angenommen, alle anderen Vorschläge aber abgelehnt hatte. Die Reichsregierung sah in diesem Augenblick keine Möglichkeit, die Deckungsvorlage zu verabschieden, umso mehr, als die hinter der Regierung stehenden Parteien in den Einzelheiten uneinig waren. Sie hat dann in den interfraktionellen Besprechungen den Versuch gemacht, eine Einigung herbeizuführen, und ist dabei auf dem Gebiet der sog. Kopfsteuer sehr entgegenkommend gewesen, obwohl die beiden größten Länder Preußen und Bayern die schwersten Bedenken dagegen erheben. So wurde die Möglichkeit geschaffen, daß die hinter der Regierung stehenden Parteien in Initiativanträgen die alte Deckungsvorlage der Regierung mit einigen nicht grundsätzlichen Änderungen und Ergänzungen wiederherstellen.

Damit beginnt der zweite Akt. Denn noch hat die Regierung mit den hinter ihr stehenden Parteien nicht die Mehrheit im Reichstag. Die in der letzten Zeit so oft geschilderten Erwägungen, der Gedanke der Durchführung der Gesetze auf Grund des Artikels 48 und einer etwaigen Reichstagsauflösung, werden vielleicht ihre Wirkung nicht verfehlen. Die Sozialdemokratie oder die Deutschnationalen muß die Regierung ganz oder zum Teil gewinnen, um die Gesetze durchzubringen. Nun hat der Reichszentralrat Brünning mit keiner der Oppositionsparteien verhandelt. Die Sozialdemokratie lehnt die Vorlagen ab; ähnliches wird von den Deutschnationalen berichtet. Doch bleibt bei letzteren die Hoffnung, daß sich ein Teil zur Regierung schlägt. Sicher ist das nicht. Wie ernst diese Entscheidung ist, geht daraus hervor, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ihre Mitglieder aufgefordert hat, vollständig anwesend zu sein und die Reise zahlreicher Abgeordneter nach London zur interparlamentarischen Union zu verschieben. Die Hoffnung liegt also bei den Deutschnationalen, da sonst das von ihnen geforderte Döhlengesetz gefährdet ist. Die „Deutsche Allg. Zeitung“, die der Volkspartei nahesteht, schreibt:

Der Reichstag hat die politische und moralische Pflicht, die Voraussetzung für die Generalbereinigung im Herbst nicht zu zerbrechen. Jetzt schlägt die Stunde der Deutschnationalen Volkspartei. Es ist keine Zeit zu verlieren. Zu Ende der

Woche beginnt die große Rheinlandreise des Reichspräsidenten. Ehe er sie antritt, sollte der Reichstag in die Ferien, in möglichst lange Ferien gegangen sein. Die Deutschnationale Volkspartei steht seit Monaten zu unserem großen Bedauern und zum Schaden des Vaterlandes in einer schweren Krise. Eine große, auf konservativen Grundgedanken aufgebaute Staatspartei ist eine nationalpolitische Notwendigkeit für Deutschland. Sie muß aktiv mitarbeiten und die soziale Phrasologie den überlassen, die weder mitarbeiten wollen, noch, wie schon Bismarck erkannte, zur Verantwortung am Staat jemals in der Lage ist. Die nationale Phrasologie und die soziale Phrasologie hat mit dem Wesen einer wahrhaft konservativen Partei nichts zu tun. Wir alle zusammen müssen das neue Deutschland schöpferisch gestalten. Die Verneinung, die reine Kritik, die Passivität, die Zerlegung, die Hoffnungslosigkeit, die Schamlosigkeit und die Agitation um der Agitation willen bringen uns nicht weiter. Scheitert das Kabinett Brüning, das Hindenburg berufen hat, so scheidet es an der Deutschnationalen Volkspartei.

Der dritte Akt vollzieht sich im Reichstag. Der Reichszentralrat hat dargelegt, daß die sofortige Sanierung der Finanzen notwendig ist und die Regierung gewillt ist, eine parlamentarische Erledigung der Gesetze zu erreichen. Gelingt dies nicht, erweist sich der Reichstag als arbeitsunfähig, so werden die Gesetze auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung durch den Reichspräsidenten verkündet. Mit einfacher Mehrheit kann der Reichstag diese Gesetze aber wieder aufheben. Den Antrag dazu wird die Sozialdemokratie stellen, den sie bereits ankündigt. Dann dürfte erst die Entscheidung bei den Deutschnationalen fallen, ob sie die Gesetze und das Kabinett Brüning im Stiche lassen. Andernfalls bleibt nur Auflösung des Reichstages — im denkbar ungünstigsten Zeitpunkt, kurz vor den Ferien. Die Volkspartei hat bereits einen Antrag eingebracht, im Falle der Ablehnung der Deckungsvorlage und der Vorlagen über die Revision des Erwerbslosen- und Krankentassenwesens und der Ausgabenentzüngebestimmungen des Reichstags aufzulösen. Durch den Antrag soll, wie es heißt, die Anwendung des Artikels 48 verhindert werden.

Die Deckungsvorlage der Regierung wird die Einführung der Reichshilfe lediglich für die Beamten, die Reform der Arbeitslosenversicherung in dem Paragraphen 163, die Einführung der Bedingtensteuer, Erhöhung der Tabaksteuer und nach den letzten Beratungen die sog. Kopfsteuer oder Währungsabgabe mit der Maßgabe enthalten, daß sie den Gemeinden auf ein Jahr fakultativ zur Verfügung gestellt und erst dann nach neuen Beratungen obligatorisch wird. In dem Deckungsprogramm bleibt selbstverständlich nach wie vor die von der Regierung zugesagte Einsparung im Etat in Höhe von mindestens 100 Millionen R.M. enthalten.



Hindenburg und Braun

Etwas Unerwartetes ist geschehen. Hindenburg sagt in einem Schreiben an den preussischen Ministerpräsidenten Braun seine Teilnahme an den preussischen Rheinlandfeiern ab. Er beschränkt sich darauf, die befreite Pfalz zu begrüßen, in Mainz die Hulldigung der befreiten Hessen entgegenzunehmen. Aber er sieht sich zu seinem eigenen, tief schmerzlichen Bedauern gezwungen, sich an den gleichgearteten Feiern in Rheinlande nicht zu beteiligen. Der Grund, den der Reichspräsident dafür geltend macht, ist so durchschlagend, so einleuchtend, daß kein Staatsbürger, der nicht durch kraffe Parteibefangenheit beirrt, den Blick fürs große Ganze verloren hat, der Entscheidung Hindenburgs seine Billigung verweigern wird, so schwer auch die Hoffnungen und Erwartungen der befreiten Rheinlande dadurch enttäuscht werden.

In der ganzen Angelegenheit des Stahlhelmverbots für Rheinland und Westfalen hat die preussische Regierung von vornherein eine sehr ungeschickte Hand gehabt. Von Anfang an wurde in weiten Kreisen Deutschlands die seinerzeit gegebene Begründung des Stahlhelmverbots als nicht zu reichend betrachtet. Trotzdem beharrte Diktator Braun auf seinem Willen. Als die Tage der Rheinlandräumung nahen, hörte man von Verhandlungen, die auf eine Aufhebung des Verbots hinführten. Allgemein rechnete man mit einem Erfolg, umso mehr, als doch gerade angesichts der Tatsache, daß der letzte Franzose deutschen Boden verlassen hat, Anlaß zu einer Befreiung der Volksgemeinschaft auch im unbefreiten Deutschland hätte geben sollen. In doch der vom Reichstag angenommene Amnestieantrag eine Friedenslandgebung in der gleichen Richtung. Man mußte aber schon stutzig werden als im Reichstag Preußen eine Beanstandung des Reichstagsbeschlusses auf eine politische Amnestie durchsetzte. Mit Recht wurde überall diese Haltung Preußens als ein Akt aufgefaßt, der sich gegen die Amnestierung der sogenannten Fremdmörder richtete. Der springende Punkt in dem Schreiben des Reichspräsidenten ist die Feststellung, daß der preussische Ministerpräsident die Aufhebung des Stahlhelmverbots „wiederholt in Aussicht gestellt“ hat, und man fragt sich, warum dieses Versprechen nicht bereits eingelöst wurde, zumal es Herr Braun nicht unbekannt war, daß der Reichspräsident bei einem Fortbestehen des Stahlhelmverbots nicht in das befreite preussische Gebiet fahren würde. Braun konnte sich umso weniger im unklaren über die Folgen seiner Verzögerungstaktik befinden, da er wiederholt an die Einladung seines Vorgesetzten erinnert worden ist. Da die Aufgabe des preussischen Ministerpräsidenten, die Aufhebung des Stahlhelmverbots zu verfügen, vorlag, ohne daß etwas gescheh, da in dreimal vierundzwanzig Stunden die Abreise des Reichspräsidenten in das befreite Gebiet erfolgen soll, so wird man zugeben müssen, daß Hindenburg lange genug Geduld geübt hat, ehe er sich zu seiner Abjage entschloß.

Aus Hindenburgs Schreiben spricht nicht allein der Herrführer, der für die Frontsoldaten eintritt, sondern in erster Linie der Reichspräsident, der über alle Parteigrenzen hinweg das einzige Volk in den Befreiungsfeiern um sich sammeln will, um es zu einem neuen Gelübnis des Zusammenhaltens und der Treue zu führen. Das sollte in dem von Parteikämpfen zerrissenen Reich eine Stärkung nach innen und eine einheitliche deutsche Kundgebung nach außen werden.

Es ist merkwürdig, wie parteibefangen gewisse Leute wieder sich gebärden. Zunächst machten die Demokraten Berlins einen Vorstoß bis zum Kanzler und hinterher kam dann die gesamte Berliner Linkspresse, die gegen Hindenburg Stellung nimmt, allerdings noch etwas zahn und vorhaltig, aber doch so, als ob man dem Reichspräsidenten zumuten wollte, er dürfe keinen solchen Brief schreiben ohne Zustimmung des Kanzlers. Selbstverständlich wurde auch versucht, zwischen der Spannung im Reichstag beim Deckungsprogramm und dem Brief Hindenburgs gewisse Zusammenhänge herzustellen. Das ist natürlich ganz falsch und dient nur parteitaktischen Interessen. Daß Hindenburg jetzt ein Wort sprechen mußte, weil Braun sein gegebenes Wort nicht erfüllte, ist für jeden Unbefangenen klar.

Die Antwort des preussischen Ministerpräsidenten Braun ist ruhig, höflich, zurückhaltend und gibt die Möglichkeit weiteren Verhandeln, freilich widerlegt sie nichts von den Vorwürfen Hindenburgs. Der Versuch, das Stahlhelmverbot zu rechtfertigen, kann als mißlungen gelten.

Die Zentrumspresse glaubt auch an einen ursächlichen Zusammenhang zwischen dem Schritt des Reichspräsidenten und einer Aktion der Deutschnationalen und folgert deshalb, daß sich der Reichspräsident stark exponiert hat. Sie erklärt diese Auseinandersetzung als politisch und staatsrechtlich ungewöhnlich.

Brauns Antwort

Berlin, 16. Juli. Der preussische Ministerpräsident Braun hat an den Reichspräsidenten folgendes Antwortschreiben gerichtet: „Hochverehrter Herr Reichspräsident!

Aus Ihrem Schreiben vom 16. Juli 1930 muß ich zu meinem Bedauern erfahren, daß Sie Ihre Teilnahme an den rheinischen Befreiungsfeiern im preussischen Gebiet nunmehr von der Wiederzulassung der in den Provinzen Rheinland und Westfalen aufgelösten Gruppen des Stahlhelms und der Frontsoldaten e. A. abhängig machen. Ich empfinde dies umso schmerzlicher, als dadurch ein Mißklang in die Befreiungsfeiern hineinkommen muß, den ich, soweit es an mir liegt, gern vermeiden sehen würde.

Um Ihrem Wunsche, Herr Reichspräsident, auf Wiederzulassung des Stahlhelms entgegenzukommen, hat der Herr preussische Minister des Innern mit meinem Einverständnis dem Bundesamt des Stahlhelms gegenüber mit Schreiben vom 14. Juli 1930

die Wiederzulassung der in diesen Provinzen aufgelösten Gruppen zu Vereinigungen in Aussicht gestellt. In diesem Schreiben, auf das auch Sie, Herr Reichspräsident, bezug nehmen, hat der Herr preussische Minister des Innern zum Ausdruck gebracht, daß er gegen eine Neubildung der aufgelösten Gruppen des Stahlhelms in Rheinland und Westfalen keine Bedenken geltend machen würde, wenn sie von der Bundesleitung des Stahlhelms bindende Zusicherungen für eine künftige den bestehenden Gesetzen nicht zuwiderlaufende Betätigung gegeben würde. Zu einer solchen Forderung bestand Veranlassung, da an der Ernsthaftigkeit der Versicherungen des Stahlhelms auf Grund seiner bisherigen Haltung berechtigte Zweifel gehegt werden mußten, die nur durch besondere Zusagen der verantwortlichen Bundesführer beseitigt werden können. Eine Antwort des Stahlhelms auf das Schreiben des Herrn preussischen Ministers des Innern ist jedoch bisher nicht eingegangen.

Ihre Auffassung, Herr Reichspräsident, daß die Auflösung des Stahlhelms in Rheinland und Westfalen dem Sinne des Gesetzes vom 22. März 1921 (Reichsgesetzblatt Seite 235) zuwiderlaufe, vermag ich mir nicht zu eigen zu machen. Ich stelle vielmehr fest, daß die gesetzmäßig zuständigen Stellen Preußens und des Reiches übereinstimmend das Verbot auf Grund einwandfreier und reichhaltiger Tatsachenmaterials erlassen haben. Es ist mir nicht bekannt, inwieweit Ihnen, Herr Reichspräsident, Material vorgelegen hat, das zu dem, in Ihrem Schreiben vom 15. Juli zum Ausdruck gebrachten Urteil führen konnte. Ich wäre nach wie vor bereit, die Neubildung der Stahlhelmsgruppen in Rheinland-Westfalen zuzulassen, falls ich die Ernsthaftigkeit der vom Stahlhelm gegebenen Zusicherungen anzunehmen in der Lage wäre, und insoweit die Gesetzmäßigkeit seines künftigen Verhaltens als gewährleistet betrachten könnte. Dies wäre möglich, wenn der Stahlhelm die von ihm geforderte Erklärung, die lediglich der geltenden Gesetzeslage entspricht, abgäbe, und damit von sich aus das Hindernis, das Ihrer Meinung nach Ihrer Teilnahme an den Befreiungsfeiern entgegensteht, aus dem Wege räume.

Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, daß es gelingen wird, die Bedenken, die sich Ihrer Reise in das Rheinland entgegenstellen, noch zu beheben und daß es der Bevölkerung des preussischen Gebietes vergönnt sein wird, doch noch Sie, sehr geehrter Herr Reichspräsident, bei den Befreiungsfeiern begrüßen zu können.

Mit dem Ausdruck meiner besonderen Verehrung Ihr sehr ergebener (gez.) Braun.“

Zur politischen Lage

Verhandlungen mit der Sozialdemokratie über die Deckungsunterlagen

Der ereignisreiche Dienstag im Reichstag mit der knappen, klaren Erklärung des Reichskanzlers hat eine Wendung gebracht. Die Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten Reil hatte zwei klare Gesichtspunkte: Die Sozialdemokratie will die Anwendung des Artikels 48 vermeiden wissen und durch Einbringung eigener Deckungsurschlüsse eine der Größe der Partei entsprechende Mitarbeit einleiten. Die übrigen Parteien beschränkten sich im Reichstag auf kurze Erklärungen, die dahin zusammengefaßt werden können: Zustimmung der Regierungsparteien mit Bedenken, Ablehnung durch Deutschnationale und Kommunisten.

Am Dienstag abend sind dann Verhandlungen der Regierungsparteien mit der Sozialdemokratie in Gang gekommen. Sie gingen von dem Bestreben aus, nach Möglichkeit die Anwendung des Artikels 48 zu vermeiden, nachdem, wie inzwischen bekannt geworden ist, die vorliegenden Rechtsgutachten der Staatssekretäre Dr. Soel vom Reichsjustizministerium, Dr. Zweigert vom Reichsfinanzministerium und des Staatssekretärs des Reichspräsidenten, Dr. Reihner, und die Anwendbarkeit des Artikels 48 nur für den Fall zugeben, daß die letzten parlamentarischen Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft sind. Schon mittags nahm der Zentrumsführer Esser die Fühlung mit der Sozialdemokratie auf und erwähnte unverbindlich die Fragen, bei denen man den Sozialdemokraten entgegenkommen könnte, so die Erledigung des Pensionsfürsorgegesetzes, eine Erhöhung der Zuschläge zur Einkommensteuer von 5 auf 8 Prozent, eine Wiederherstellung des § 163 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (Darlehenspflicht des Reiches) und eine Aenderung der Bürgerabgabe durch eine Staffellung. In diesem Umfang werden aber wohl die Deutsche Volkspartei und die Wirtschaftspartei den Sozialdemokraten nicht entgegenkommen.

Am Abend fand eine Besprechung des Reichskanzlers Brüning mit Hermann Müller und Breitheid statt. Dann saßen sich die Fraktionsführer der Regierungsparteien zusammen, um über die möglichen Zugeständnisse an die Sozialdemokraten zu beraten.

Der Einigungsversuch nach links aussichtslos

Einen Brief der Sozialdemokraten über die Deckungsunterlagen an den Zentrumsabgeordneten Esser betrachtet man, wie das Nachrichtenbüro des B.D.Z. aus parlamentarischen Kreisen hört, nur als eine Abjage an die Regierungsparteien. Die Führer der hinter der Regierung stehenden Parteien werden eine Besprechung über den Brief haben, die aber nur noch den Schlüsselpunkt unter diese Episode legen dürfte. Die drei sozialdemokratischen Forderungen — Beseitigung der Bürgerabgabe, Aenderung der Arbeitslosen- und der Krankenversicherungsgesetze — stehen in so starkem Gegensatz zu den grundsätzlichen Wünschen großer Regierungsparteien, daß neue Einigungsversuche mit den Sozialdemokraten als aussichtslos angesehen werden. Der Brief der Sozialdemokraten ist übrigens in der Sache wie auch in der Form negativer, als Reichskanzler Dr. Brüning und Abg. Esser es nach ihrer gestrigen Besprechung mit den Sozialdemokraten erwarten durften. Die Antwort der Regierungsparteien an die Sozialdemokraten, die in Vorbereitung ist, wird daher betonen, daß die in dem Schreiben der Sozialdemokraten aufgestellten Forderungen keine Basis zu Verhandlungen mehr bieten. In parlamentarischen Kreisen rechnet man nunmehr damit, daß die Deckungsunterlagen im Reichstag bei der zweiten Lesung keine Mehrheit finden. Reichskanzler Brüning wird dann von der Ermächtigung Gebrauch machen, die ihm der Reichspräsident erteilt hat und wird die Deckungsunterlagen durch seine Verordnung auf Grund des Artikels 48 der Verfassung in Kraft setzen. Man zweifelt nicht daran, daß die Sozialdemokraten den Antrag stellen werden, daß der Reichstag die Verordnung wieder aufheben möge. Bei der Entscheidung über diesen Antrag werden sich die Deutschnationalen zum mindesten der Stimme enthalten, so daß für die Aufhebung der Verordnung keine

Mehrheit im Reichstag zustande kommen würde. Trotz der gespannten politischen Lage rechnet man deshalb nicht mit einer Auflösung des Reichstages.

Ermächtigung für den Reichskanzler

Berlin, 16. Juli. Wie wir aus gut unterrichteter Quelle erfahren, hat der Reichspräsident dem Reichskanzler in der heutigen Besprechung die Ermächtigung erweitert und bekräftigt, den Artikel 48 anzuwenden, wenn die Mehrheit für die Deckungsunterlagen nicht zustande kommt, ferner den Reichstag aufzulösen, wenn er den Erlaß des Deckungsprogramms auf Grund des Artikels 48 wieder aufheben würde, oder wenn der Regierung das Mißtrauen ausgesprochen wird, oder wenn sich irgend eine politische Situation ergibt, die einen anderen Ausweg nicht zuläßt.

Keine demokratische Interpellation über den Brief des Reichspräsidenten

Berlin, 16. Juli. Wie gemeldet, hat der Reichskanzler die Vollmacht für eine Auflösung des Reichstages auch für den Fall erhalten, daß bedeutame politische Ereignisse das notwendig machten. In parlamentarischen Kreisen wird diese Ermächtigung für besondere Fälle mit der angekündigten Interpellation der demokratischen Partei in Sachen des Reichspräsidentenbeschlusses in Zusammenhang gebracht. Wie wir aber hören, haben die Demokraten von der Einbringung einer Interpellation abgesehen.

Blutige Unruhen in Alexandria

London, 16. Juli. In Alexandria ist es anläßlich eines Generalstreiks als Protest gegen das Vorgehen der Regierung in Konstantinopel und zugunsten des früheren Premierministers und Führers der Wafd-Partei, Rahab Pascha, zu schweren Unruhen gekommen. Die Demonstranten warfen beim Marsch durch die Straßen die Schauldenerscheiben ein und überschütteten die Polizei mit einem Hagel von Steinen. Sie führten in der Prozession ein Bildnis des früheren Premierministers Rahab Pascha mit, dem begeisterte Ovationen dargebracht wurden. Wie bekanntgegeben wird, wurden bei den heutigen schweren Unruhen in Alexandria 14 Personen getötet. Hierunter befinden sich 8 Europäer, einschließlich eines Italieners. 250 wurden verwundet. Nach den letzten Meldungen ist die Lage ruhiger geworden. Ueber die Unruhen selbst wird noch bekannt, daß die Demonstranten nach einer Prozession zugunsten von Rahab Pascha durch die Straßen Alexandriens den Mahomet Ali-Platz das Zentrum der Stadt besetzten und die Polizei mit Steinwürfen vertrieben. Sämtliche Läden wurden geplündert. Die Polizei mußte auf dem Dach des Gerichtgebäudes Deckung suchen, um von dort das Feuer auf die Massen zu eröffnen.

Handel und Verkehr

Börsen

Berliner Börse vom 16. Juli. Die Umsatztätigkeit hielt sich in engen Grenzen. Im Verlaufe des Tages kam es zu Besserungen um 1 Prozent. Der Handelsmarkt lag heute ruhiger. Reichsschuldschuldsforderungen im Verlaufe leicht anziehend. Devisen ausgedehnt, Pfunde und Holland fester, Schweiz etwas schwächer. Geld wieder leichter, der Satz für Tagesgeld stellte sich auf 3,5 bis 5,5 Prozent, die übrigen Sätze blieben unverändert.

Stuttgarter Industrie- und Handelsbörse vom 16. Juli. An der heutigen Industrie- und Handelsbörse notierten Baumwollgarne: Engl. Trostel, Warp- und Pincops Nr. 20 2,31—2,38, Nr. 30 2,73—2,80, Nr. 36 2,81—2,88, Pincops Nr. 42 2,91—2,98, Nr. 48 das Kg., Baumwollgewebe: Cretonnes 42,5—43,5, Renforces 39,5—40,5, glatte Catune oder Croises 33,5—34,5 Pf. das Meter.

Getreide

Berliner Produktenbörse vom 16. Juli. Weizen Juli 291,50 bis 292,25; Roggen märz. 172—177; Futtergerste 170—190; Hafer märz. 177—185; Weizenmehl 33,50—40,25; Roggenmehl 23 bis 25,60; Weizenkleie 10,50—11; Roggenkleie 10,20—10,70; Viktorierbrot 26—30; kleine Speiseerbsen 24—27,50; Futtererbsen 19 bis 20. Allgemeine Tendenz: fest.

Preispresse. Kalle: Kernen 13—14, Weizen 13,30—14, Weizling 9,10, Roggen 8,50—9, Gerste 10—10,50, Hafer 7,50 bis 8 Mt. — Riedlingen: Gerste 8,50—9, Hafer 7,20—7,80 Mt. — Reutlingen: Gerste 11, Hafer 9,50—9,70 Mt. — Tuttlingen: Weizen 14,50—15, Gerste 10, Roggen 10—10,50, Hafer 9 Mt. — Urach: Dinkel 10—10,30, Gerste 10—10,50, Hafer 8 bis 8,50, Weizen 14,50—15, Roggen 9,50 Mt.

Märkte

Florheimer Schlachtviehmarkt vom 14. Juli. Zufuhr: 5 Ochsen 50—57, 8 Kühe 35—42, 55 Fäuder 53—60, 24 Färrer 50—54, 28 Kälber 70—80, 310 Schweine 65—68. Verkauf: mäßig belebt. Schweinepreise. Kalle: Milchschweine 22—46 Mt. — Großengkingen: Milchschweine 26—45 Mt. — Riederbetten: Milchschweine 24—33 Mt. — Ravensburg: Ferkel 25—35, Läufer 45—60 Mt. — Riedlingen: Milchschweine 30—40, Mutterchweine 150—205 Mt. — Tuttlingen: Milchschweine 22—37 Mt.

Wiesprelle. Kalle: 1 Paar Ochsen 1325—1582, Stiere 435 bis 560, Färrer 280—550, Kühe 320—630, Kälber und Jungvieh 190—540, Kälber 90—110 Mt. — Großengkingen: Stiere 800—1300, Kühe 500—700, Kälber 450—600 Mt. — Ravensburg: Anstellrinder 220—250, von 12—18 Monate 280—300, von 18—24 Monate 360—440 Mt., Anstellrinder 113 bis 280, Kälber hochträchtige 460—600, fälsbar trächtige 340 bis 420 Mt.

Müggener Butter- und Käsebörse Rempten vom 16. Juli. Käsebutter 134—140; Verkauf: unverändert. Qualitätsnachschlag nach Statistik der Formose 7,9 Bfg. Weichkäse, 30 Prozent Fettgehalt (grüne Ware) 18—22; Verkauf: bessere Nachfrage. Müggauer Emmentaler, 45 Prozent Fettgehalt 86—110; Verkauf: unverändert. Die Preise sind Erzeuger-Verkaufspreise ab Station des Erzeugers ohne Verpackung für 1 Pfund.

Witwenmäßiges Wetter für Freitag

Im Norden liegt ein großes Depressionsgebiet, während sich der Hochdruck im Westen abgeschwächt hat. Für Freitag ist zwar zeitweilig aufheiterndes, aber noch unbeständiges Wetter zu erwarten.

Druck und Verlag der W. Kieker'schen Buchdruckerei, Altensteig
Verantwortlicher Schriftleiter: Erwin Vollmer.